

Annoucen... In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung... bei G. H. Arici & Co. Breitestraße 14.

Posener Zeitung. Neunundachtzigster Jahrgang.

Annoucen-Bureau... In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Haube & Co., Haasenfein & Vogler, Rudolph Mosse.

Nr. 77.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Dienstag, 31. Januar.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaaltene Zeitspaltze oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Deutscher Reichstag.

38. Sitzung.

Berlin, 30. Januar. 10 1/2 Uhr. Am Tische des Bundesraths: von Bötticher, von Schelling, Scholz u. A. Eine Reihe von Petitionen wird dem Antrage der Kommission gemäß als zur Berathung im Plenum für ungeeignet erklärt.

Abg. Graf v. Moltke: Meine Herren! Indem wir am Schlusse unserer Berathungen stehen, fordere ich Sie auf unsern Dank auszusprechen unserem verehrten Herrn Präsidenten für seine energische, umsichtige und unparteiische Leitung unserer Geschäfte.

Präsident v. Lwow: Wenn ich auch eines ehrlichen Strebens mich rühmen kann, so weiß ich sehr wohl und bekenne es frei, daß ich die ehrenvollen Worte unseres hochverehrten Alterspräsidenten nicht verdient habe durch meine Leistungen, sondern zuzuschreiben habe dem Wohlwollen, welchem ich während meiner ganzen Amtsführung von allen Seiten des Hauses gleichmäßig und ununterbrochen begegnet bin.

Staatssekretär v. Bötticher: Ich habe zunächst dem hohen Hause mitzutheilen, daß der Bundesrath beschlossen hat, den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Haushaltstats für das Jahr 1882/83 in der Fassung, wie es aus den Beschlüssen des hohen Hauses hervorgegangen ist, seine Zustimmung zu ertheilen.

Wir Wilhelm von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preußen thun kund und fügen hiermit zu wissen, daß Wir Unseren Staatssekretär des Innern, Staatsminister v. Bötticher, ermächtigt haben, gemäß Artikel 12 der Verfassung die gegenwärtigen Sitzungen des Reichstages in Unserm und der verbündeten Regierungen Namen am 30. Januar dieses Jahres zu schließen.

Ich erlaube mir, dieses Schriftstück dem Herrn Präsidenten hiermit zu übergeben. Auf Grund der soeben mitgetheilten Allerhöchsten Ermächtigung erkläre ich Namens der verbündeten Regierungen auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers die Sitzungen des Reichstages für geschlossen.

Präsident v. Lwow: Meine Herren! Möge der Wunsch, der in unserm Herzen lebt, daß Gott das deutsche Vaterland mit seinen Fürsten und Stämmen, daß Gott den deutschen Kaiser segnen und schützen möge, uns vereinen in dem Rufe, der unser A und O ist: Unser Kaiser Wilhelm lebe hoch! (Die Anwesenden stimmen dreimal in den Ruf ein.)

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus.

4. Sitzung.

Berlin, 30. Januar. Am Ministertisch Bitter, Friedberg, Lucius, v. Puttkamer und Maybach. Außerdem sind 41 Kommissarien angemeldet, darunter für das Auswärtige Amt Graf Datzfeldt, Dr. Busch. Der Präsident zeigt den Eingang von 16 Vorlagen, Denkschriften und Berichten an, die meist schon gedruckt sind.

Das Haus tritt in die erste Berathung des Etats ein. Gegen die Vorlage melden sich zum Wort: von Guene, Richter, Nicker, Dirichlet, Büchemann, Franz, von Benda, von Schorlemer-Alst, für dieselbe: von Rauchhaupt, von Zedlitz-Neukirch, Kropatschek, Graf Winkingerode.

Finanzminister Bitter: Nachdem der Reichstag mit Zustimmung der verbündeten Regierungen den Reichshaushaltstat für das Jahr 1882/83 festgestellt hat, ermächtigt sich in Kap. 42, Titel 1 der Ausgaben der allgemeinen Finanzverwaltung der Matrifularbeitrag Preußens von 58,340,838 M. um 5,839,433 M. auf 52,501,405 M. Dadurch hat der preussische Etat in Einnahme und Ausgabe seine vollständige Balance erhalten.

Abg. v. Güne: In den Materialien der gegenwärtigen Staatsberathung fehlt jede Auskunft über den Stand der Finanzverhältnisse des laufenden Jahres (Sehr richtig), die unentbehrlich ist für die Stellungnahme zum Steuererlaß.

der Verschuldung des Grundbesitzes noch nicht zum Gegenstande statistischer Aufnahmen gemacht. Der Etat der Forsten weist eine erhebliche Erhöhung der Einnahmen auf. Beim Kultusministerium ist erfreulicherweise für das Elementarschulwesen eine erhebliche Forderung ausgemworfen.

Der Etat der Richterbesoldungen wächst um 7 Prozent, der für andere persönliche Ausgaben um 23 Prozent. Selbst im Etat der Ober-Rechnungskammer ist der Gerichtskosten wegen ein neuer Rath eingestellt worden. Das sind traurige finanzielle Resultate.

Wir sind mit dieser Reorganisation entschieden in eine Sackgasse hineingerathen. Der Etat für Berg- und Salinennwesen zeigt erfreuliche Mehr-Einnahmen, sodaß für Löhne ein Plus von 2,699,000 M. ein gestellt werden konnte. Der Schwerpunkt des Etats fällt leider immer mehr und mehr in die Eisenbahnverwaltung.

Zudem sind die Klagen über die Wagen im Publikum ziemlich allgemein. Die Konsequenz jenes Sparsystems zeigt sich in der Forderung von 11 Millionen allein für Instandsetzung des Betriebsmaterials, die eigentlich ins Ordinarium gestellt werden müßten.

Schon unser Staatsschuldenwesen zeigt eine Steigerung derselben von 919 Millionen im Jahre 1875, auf 2 Milliarden 59 Millionen im Jahre 1881/82. Wenn auch ein großer Teil dieses Plus auf die Eisenbahnverstaatlichungen entfällt, so ist doch auch die allgemeine Staatsschuld um 122 Millionen gestiegen.

Abg. v. Rauchhaupt ist mit vielen Ausführungen des Vorredners einverstanden, nur nicht mit seiner ungünstigen Auffassung unserer Finanzlage, die doch nur der Ausdruck unserer wirtschaftlichen Lage sein kann und diese hat sich Richter's Prophezeiungen zum Trotz nur verbessert.

Abg. v. Rauchhaupt ist mit vielen Ausführungen des Vorredners einverstanden, nur nicht mit seiner ungünstigen Auffassung unserer Finanzlage, die doch nur der Ausdruck unserer wirtschaftlichen Lage sein kann und diese hat sich Richter's Prophezeiungen zum Trotz nur verbessert.

Abg. v. Güne: In den Materialien der gegenwärtigen Staatsberathung fehlt jede Auskunft über den Stand der Finanzverhältnisse des laufenden Jahres (Sehr richtig), die unentbehrlich ist für die Stellungnahme zum Steuererlaß.

Schmerzenskinde der Justiz zu unserem Freudenkinde, den Eisenbahnen. Die Verstaatlichung hat gegenwärtig gewirkt. Die Einnahmen unserer Eisenbahnen betragen 369 Millionen, die Ausgaben 269 Millionen, bleibt ein Plus von 100 Millionen, nach Abzug der Zinsen der Eisenbahnschuld von 60 Mill. immer noch ein Plus von 40 Mill., durch das der Etat balancirt, und der Finanzminister hat alle Veranlassung, dem Eisenbahnminister für die Durchführung der Staatsbahnpolitik dankbar zu sein.

Die höheren Gebühren der Rechtsanwälte und die Einführung der Amtsgerichte, die von den Gerichtseingesessenen oft sehr weit entfernt liegen. Wir sind mit dieser Reorganisation entschieden in eine Sackgasse hineingerathen.

Wir sind mit dieser Reorganisation entschieden in eine Sackgasse hineingerathen. Der Etat für Berg- und Salinennwesen zeigt erfreuliche Mehr-Einnahmen, sodaß für Löhne ein Plus von 2,699,000 M. ein gestellt werden konnte.

Schon unser Staatsschuldenwesen zeigt eine Steigerung derselben von 919 Millionen im Jahre 1875, auf 2 Milliarden 59 Millionen im Jahre 1881/82. Wenn auch ein großer Teil dieses Plus auf die Eisenbahnverstaatlichungen entfällt, so ist doch auch die allgemeine Staatsschuld um 122 Millionen gestiegen.

Abg. Richter (Hagen): Ich sehe die Finanzlage nicht so günstig an, wie der Finanzminister und der Vorredner. Deswegen habe ich auch im Reichstage den Antrag gestellt, die Finanzlage etwas aufzubessern; das hat zur Herabsetzung der preussischen Matrifularbeiträge um 6 Millionen geführt, wodurch die Anleihe erspart werden kann.

Abg. v. Rauchhaupt ist mit vielen Ausführungen des Vorredners einverstanden, nur nicht mit seiner ungünstigen Auffassung unserer Finanzlage, die doch nur der Ausdruck unserer wirtschaftlichen Lage sein kann und diese hat sich Richter's Prophezeiungen zum Trotz nur verbessert.

Abg. v. Rauchhaupt ist mit vielen Ausführungen des Vorredners einverstanden, nur nicht mit seiner ungünstigen Auffassung unserer Finanzlage, die doch nur der Ausdruck unserer wirtschaftlichen Lage sein kann und diese hat sich Richter's Prophezeiungen zum Trotz nur verbessert.

Abg. v. Güne: In den Materialien der gegenwärtigen Staatsberathung fehlt jede Auskunft über den Stand der Finanzverhältnisse des laufenden Jahres (Sehr richtig), die unentbehrlich ist für die Stellungnahme zum Steuererlaß.

Erlasse verwenden, so müßten das 15 Millionen, nicht nur 6 Mill. sein. Vielleicht rühmt man dem Etat noch nach, daß das Extraordinarium gegen das Vorjahr um 6 Millionen geringer ist. Die Verminderung ist beim Extraordinarium des Eisenbahnnetzes entstanden. Aber der hintere Bote ist in Form der Eisenbahnleihe hinternach gekommen, für Zwecke, welche sonst im Extraordinarium des Etats vorgezogen waren. Die großen Bahnhofsumbauten werden jetzt auf das Konto einer Staatsbahnleihe gebracht. Es handelt sich auch hier nur um eine veränderte Buchführung. Die Uebertragung der Eisenbahnleihe auf ein besonderes Gesetz hat aber auch noch eine sachliche Bedeutung. Die Ausgaben für solche Bauten sollen für jedes Jahr besonders auf den Etat gebracht werden. Letzteres hat der Finanzminister im Reichstage für selbstverständlich gehalten bei der Vorlage über den Umbau des hamburger Freihafens. Da die Verfassung für Preußen wie für das Reich ebenso vorschreibt, daß alle Ausgaben für jedes Jahr auf den Etat gebracht werden, so frage ich, hält der Herr Minister diese Statististik der Anleiheraten auch für ebenso selbstverständlich? Eine leichte Kopfbedeckung seinerseits würde mich beruhigen können. (Geisterst.) Sie bleibt leider aus, und deshalb ist die Aufmerksamkeit des Hauses darauf lenken, daß man hier für eine Reihe großer Eisenbahnumbauten unter Staatsrecht durchbrechen will, wie leider schon bisher die Praxis bestanden hat, bei Eisenbahnumbauten die jährlichen Bauraten nicht auf den Etat zu bringen, sondern sich ein für allemal bewilligen zu lassen. Das Anleihegesetz sichert nur jährliche Rechenschaftslegung zu. Aber nicht bloße Kenntnissnahme, sondern jährliche Bewilligung ist unser Recht. Vor der Verstaatlichung sprach man von der Vergabung des Anlagekapitals durch die Privatverwaltung und mit welchem Kapitalerparnis der Staat würde wirtschaften können. Jetzt würden umgekehrt neue Kapitalaufwendungen vom Staate gerade für die eben verstaatlichten Privatbahnen verlangt. Der große einheitliche Wagenpark sollte Ersparnisse von Betriebsmitteln ermöglichen. Umgekehrt werden jetzt für 11 Millionen neue Waggon verlangt. Als wir früher auf die Anlegung eines Erneuerungsfonds für Waggon hinwiesen, hieß es, die Erneuerung sei noch nicht notwendig, weil die Waggon noch nicht notwendig seien. Jetzt kommt eine Anleihe für diesen Zweck. Als Parabel reitet Hr. v. Rauchhaupt noch den Wehrüberschuß aus den Eisenbahnen im Jahre 1882 bis 1883 von 13 Millionen. Der Finanzminister findet darin eine Rechtfertigung seiner Eisenbahnpolitik. Mehr als zur Hälfte ist aber dieser Ueberschuß einfach dadurch entstanden, daß man die Renten an die früheren Aktionäre bei Köln-Minden und Magdeburg-Halberstadt jetzt gegen Staatspapiere umtauscht. Die Ausgabe erscheint nun zwar nicht mehr auf dem Eisenbahnetat, dafür aber in gleicher Höhe auf dem Schuldenetat. Auf diese Weise kann man leicht große Ueberschüsse hervorbringen. Nachher bei Besprechung des Schuldenetats weist der Finanzminister warnend auf die Steigerung des Schuldenetats um 6 Mill. hin. Er hätte sich bei dem Eisenbahnetat die Freude und beim Schuldenetat die Trauer ersparen können wenn er nur erkannt hätte, daß die 6 Mill. Ueberschüsse bei den Eisenbahnen und die 6 Millionen Defizit bei den Schulden gleichbedeutend sind (Geisterst.). Nur veränderte Buchung hat also den Herrn Finanzminister zu seinem Irrthum veranlaßt. Dergleichen ist ihm nicht das erste Mal passiert. Der wirkliche Ueberschuß aus dem Betrage der Eisenbahnen beträgt im neuen Etatsjahre nur 5,069,000 M. Dem steht aber gegenüber eine um 48 Kilometer vermehrte Eisenbahnlänge, welche wiederum zu einer Steigerung der Zinsen der Staatsschuld im Schuldenetat geführt hat. Für die bisherige Betriebslänge beträgt der Ueberschuß nach Abzug von 300,000 M. aus Pensionen für Eisenbahnbeamte, welche beim Finanzministerium gebucht sind, nur 3 Millionen Mark. Drei Millionen Mark mehr Ueberschuß bei einem Etat von 360 Millionen! Die Verwaltung giebt übrigens selbst zu, daß sie auch in diesem Jahre 3 Millionen Mark weniger für Erneuerungen verwendet, als der Betrieb die Werthe verringert. Recht kümmerlich sind die finanziellen Ergebnisse der Eisenbahnverstaatlichung. Mühen die Staatsbahnen gleich den früheren Privatbahnen Mühsal für den Erneuerungsfonds machen und die Obligationen amortisiren, so würde bei richtiger Buchführung sich vielleicht ein Defizit herausstellen, abgesehen davon, daß das Risiko der schwankenden Erträge jetzt unserer ganzen Finanzlage eine unsichere Grundlage giebt. Von den Segnungen der Verstaatlichungen für den Verkehr spricht zwar die Regierung selbst sehr viel, desto weniger aber das Publikum. In Rhein- und Westfalen haben die verstaatlichten Bahnen in diesem Herbst die Probe sehr schlecht bestanden. Die Zechen mußten die Förderung, die Eisenwerke den Betrieb wegen Wagenmangels zeitweise einstellen. Seit der Zeit nach dem französischen Kriege hatte man solche Kalamität nicht erlebt. Seiner Zeit habe ich als Folge des großen einheitlichen Wagenparks vorausgesagt, daß man alsdann vielleicht unter den fahrenden Wagen mehr bedadene haben würde, aber desto mehr leere Wagen im Schuppen brauchte. Je weiter von der Abendsstation der Wagen dirigirt werden kann, desto mehr braucht erstere Wagen zur weiteren Verfügung im Schuppen. Die Oberschlesische Bahn hatte in diesem Herbst Wagen genug für sich. Als sie Kohlen abfahren wollte, fuhren ihre Wagen aber gerade anderwärts hin. Die Potsdamer Bahn hatte für ihren Bedarf auch Wagen genug, mußte aber im Herbst die Entladungsräume abfürzen aus Wagenmangel. Um die Wagen im Schuppen zu verwalten, werden jetzt 11 Millionen für neue Waggon verlangt. Wo bleiben denn nach dieser Aufwendung die finanziellen Vortheile des einheitlichen Wagenparks? Werden die neuen Verstaatlichungsprojekte genehmigt, so muß dieser Etat Nachträge erhalten, welche vielleicht wiederum die ganze Verwaltung anders gestalten. Ueberhaupt läßt sich die wirkliche Finanzlage angesichts aller dieser Uebergangsverhältnisse gar nicht mehr übersehen. Schon jetzt ist das Abgeordnetenhaus nicht mehr im Stande, die Eisenbahnverwaltung in ihrem bisherigen Umfange zu kontrolliren. Haben wir 6 Millionen Mark zum Steuererlaß übrig oder nicht? Wie kann es bei einem Etat von 1000 Millionen Mark darauf ankommen? 6 Millionen mehr oder weniger ändern an einem solchen Etat nichts. Viel größere neue Steuern sind im Reiche aufgelegt worden, und zwar dauernd, deshalb wünschten wir auch den Erlaß von 6 Millionen Mark. Man kann der Regierung nicht mehr Steuern lassen, als sie selbst haben will, am wenigsten der gegenwärtigen Regierung, welche die Gelder vielleicht zu Ausgaben verwenden würde, die weit weniger im Interesse des Volkes liegen, als der Steuererlaß. Wir wünschen allerdings eine andere Verwendung des Erlasses. Vom Verwendungsgesetz halten wir in diesem Jahre wo möglich noch weniger als im vorigen. Wäre es im Vorjahre angenommen, man hätte es schon zweimal abändern müssen, einmal, als im Februar Fürst Bismarck die Aufhebung des Schulgelbes wünschte, jetzt wegen der Erhöhung der Beamtengehälter. Was die damalige freundschaftliche Beziehung des Fürsten Bismarck zu mir betrifft, so ging es mir dabei ebenso wie dem Verwendungsgesetz; es war mehr äußerlich als innerlich. (Geisterst.) Ein solches Verwendungsgesetz, das beweisen diese Vorgänge, läßt sich auf eine längere Zeitdauer als ein Jahr überhaupt nicht machen. Ueberhaupt hat sich der ganze Standpunkt der Regierung dem Gesetze gegenüber geändert. Nach der Erklärung der Roburger Finanzministerkonferenz sollten bestimmte Mehreinkünfte aus neuen Steuern durch das Reich zu Steuererlassen verwendet werden. Gäßen wir damals daraufhin die neuen Steuern bewilligt, dann würden wir heute vor der Forderung des Ministers stehen, 20,000,000 nicht zu Steuererlassen, sondern zur Erhöhung der Beamtenbesoldungen, also zu neuen Ausgaben zu verwenden. Die Thronrede im Reichstag entwickelt das Projekt der Alters- und Unfallversicherung mit Staats-Unterstützung, die aus neuen Steuern genommen werden soll; also jetzt verlangt auch das Reich noch etwas aus den neuen Steuern! Da brauchen wir zwei Verwendungsgesetze, eins in Preußen und eins im Reich. v. Rauchhaupt glaubt, die Wahlen würden ganz anders ausfallen wenn das Volk wüßte, was Fürst Bismarck will? Nun glaube ich zunächst, Fürst Bismarck ist sich selbst nicht klar, was er wirklich will. (Geisterst.) Wir haben das wiederholt in

letzter Zeit gesehen. Im Vorjahr hielt der Reichskanzler nach der Vorlage seines Verwendungsgesetzes 110,000,000 neue Reichssteuern für nöthig. Wie steht es jetzt? Es kommen in Preußen hinzu 20,000,000 zur Erhöhung der Beamtenbesoldung, für Abschaffung des Schulgelbes etwa 13,000,000, vielleicht 17,000,000 erhöhte Ausgaben für Schulen, zusammen 50,000,000 mehr in Preußen. Im Vorjahr hatte der Minister 65,000,000 für Preußen verlangt, das macht zusammen 115,000,000, und daraus folgt eine Mehrforderung für das Reich von 125,000,000. Nun kommt das Reich selbst mit seinen Bedürfnissen; es würde vielleicht auch 20,000,000 mehr für seine Beamten- und Offiziergehälter brauchen, außerdem 120,000,000 für Altersversorgung nach der Schätzung des Prof. Wagner, ferner nach demselben die „Bagatelle“ von 10 bis 15,000,000 für die Unfallversicherung, zusammen 135,000,000, dazu 195,000,000 für die Einzelstaaten, ergibt 330,000,000. Dabei sind ungerechnet die Versorgungskosten für die Hinterbliebenen von Beamten und die angeforderte Entlastung der Kommune von Polizei- und Standesamts-Kosten. Im Vorjahr also ein Bedürfnis von 110, jetzt aber schon 350 bis 400 Millionen. Wie sollen die aufgebracht werden? Aus dem Tabakmonopol und der erhöhten Bier- und Branntweinsteuer können im besten Falle, nach den Berechnungen der Freunde des Monopols, 116 Millionen einkommen. Wo soll das zu den 330 bis 350 Millionen fehlende herkommen werden? Also lassen wir doch das ganze Verwendungsgesetz, lassen wir alle diese Pläne in dem Nebel stecken, in dem sie einmal sind! Wie verwenden wir nun die 6 Millionen? Den Modus vom vorigen Jahre zu wiederholen, dieselbe für ein Jahr beabsichtigte Verwendung dauernd zu machen, halte ich nicht für richtig. Es würde dadurch ein zu großer Unterschied entstehen in der Besteuerung der unteren Klassen und derer, die über 2000 Mark Einkommen haben. Ich bedauere, daß der Finanzminister den mit so vielem Pomp angekündigten Reformplan der direkten Steuern, zu der wir ihm extra einen Rath mehr bewilligt haben, nicht vorgelegt hat. Hat die Reform vor den Augen des Reichskanzlers keine Gnade gefunden oder hat sich der Minister selbst eines andern bedonnen? Es gab über die Reform im Rahmen des direkten Steuerwesens viel gemeinschaftliche Anschauungen zwischen uns und den Konservativen. Die jetzt disponiblen 6 Millionen würden uns die Reformen erleichtert haben. Ob wir mit Hilfe der 6 Millionen einfach die unterste Stufe abbrechen, will doch sehr überlegt sein. Sollen die Kommunen auch auf die unterste Stufe verzichten? Thun sie es nicht, wird am ganzen Steuerverfahren nichts geändert. Näher liegt schon der Gedanke, die 6,000,000 zum Erlaß von Schulgeld zu verwenden. Dazu würde aber eine organische Einrichtung gehören, damit nicht Gemeinden, die das Schulgeld schon abgeschafft haben, benachtheiligt würden den anderen gegenüber. Ein Erlaß an Schulgeld entlastet die stärkeren Familien, wie umgekehrt Zölle und Verbrauchssteuern sie am meisten belasten. Auch zur Herbeiführung einer besseren rationelleren Stala der Einkommen- und Klassensteuer könnte man die 6 Millionen verwenden, insbesondere auch zur Verabfolgung der Stufen mit 5—800 Thlr. Einkommen und zur Berücksichtigung der Kinderzahl in Einkommensteuerebenen. Noch andere Vorschläge lassen sich machen mit Rücksicht darauf, daß die neuen Stempelsteuern, aus deren Ertrag der Erlaß erfolgt, von den besitzenden Klassen aufgebracht werden. Man könnte, wie wir schon 1879 verlangten, die mit der neuen Veranlagung erfolgte Erhöhung der Gebäudesteuer rückgängig machen, indem man den Prozentsatz der Gebäudesteuer um ein Viertel ermäßigte. Das platte Land würde freilich noch um etwas mehr entlastet werden, als es bei der neuen Veranlagung höher belastet worden ist, aber die Kommunen würden ein Besteuerungsobjekt vom Staate entlastet erhalten, auf das sie den natürlichsten Anspruch haben. Endlich könnte man die sechs Millionen auch verwenden zur Ermäßigung des Immobilienkaufstempels und zu einer Reform des Pacht- und Miethstempels. Wir stellen Ihnen also vier neue Vorschläge für die Verwendung der 6 Millionen Steuererlaß zur Auswahl. Wir liefern Ihnen also eine Anzahl von Gedanken, sind auch bereit, wenn Sie es nicht selbst thun wollen, eine der Majorität am Meisten zusagende in Gesetzen zu formuliren. Wenn dann wieder Herr von Münnigrode den Gesetzentwurf unter den Schutz seines Namens nimmt und ihm seine Etikette giebt, seine Firma leiht (Geisterst), so könnten wir wieder wie im Vorjahr mit den Konservativen und der Zentrumsparthei über den Steuererlaß zu einem übereinstimmenden Beschluß kommen. Herr von Rauchhaupt bezeichnet die Erhöhung der Beamtengehälter als nicht sehr dringlich. Diese Aeußerung wird im Lande Aufsehen machen, zumal Herr von Rauchhaupt demjenigen Stande als Zierde angehört, der die Erhöhung der Gehälter — es handelt sich um die Landräthe — zuerst gefordert hat. Allerdings ist die Summe von 20 Millionen sehr groß, sie wird ihre weiteren Konsequenzen für die Beamten im Reiche ziehen. Dazu kommen noch 18 Millionen für die Durchführung des neuen Versorgungssystems für Hinterbliebene im Reiche und in Preußen. Im Verhältnis zu der Summe der Gehälter sind etwa 20 Millionen nicht zu viel. Im preussischen Etat, wenn ich richtig rechne, betragen die Besoldungen und Wohnungszuschüsse der Beamten über 200 Mill., dazu kommen noch die Kompetenzen der diätarischen Beamten, welche eine Aufbesserung vielleicht noch nöthiger haben. 20 Millionen würden also kaum reichen zu einer Verbesserung der gesammten Beamten-einkünfte um 6 bis 7 Prozent, mit Zunahme der Verstaatlichung und der Beamtenzahl noch weniger. Bisher hat man nicht, wie jetzt es für möglich gehalten, eine so große Summe auf einmal verfügbar zu machen, sondern hat mit der Aufbesserung, und das ist das Richtige — von unten auf allmählig begonnen. — Eine Gesamtaufbesserung aber sollte nicht bloß eine mechanische sein, sondern organisch das Besoldungswesen überhaupt reformuliren. Auch das ganze System der Beoldung nach Mittel-, Minimal- und Maximalsätzen ist falsch. Ein System fortschreitender Alterszulagen würde richtiger sein. Ueberhaupt finde ich, daß die Beamten verhältnismäßig in denjenigen Jahren, wo ihre Arbeitskraft am höchsten ist und die Haushaltungskosten durch die Erziehung der Kinder zugleich am größten, am wenigsten gut bezahlt sind. Daraus entsteht oft eine später sehr schwer auszugleichende Zerrüttung der Verhältnisse. Eine solche organische Reform würde mehr Zufriedenheit hervorrufen, als eine bloß mechanische prozentuale Aufbesserung. So viel Unzufriedenheit, wie jetzt unter den Eisenbahnbeamten besteht, habe ich überhaupt in Beamtenkreisen noch nicht erlebt. Die Staatsregierung hat den allerschlimmsten Weg eingeschlagen, dieser Unzufriedenheit zu begegnen. Sie hat einzelnen Beamten, die Petitionen unter ihren Kollegen arrangiren wollten für das Abgeordnetenhaus, deshalb den Dienst gekündigt. Einzelne Betriebsämter haben sämtliche Beamten verwahrt, bei Strafe der Disziplinaruntersuchung und Entlassung solche Petitionen zu unterzeichnen. Diese Beschränkung des Petitionsrechts des Beamten verdient meines Erachtens noch eine gründlichere Erörterung, als sie im Rahmen der allgemeinen Etatsdebatte möglich ist. Ich beschränke mich daher vorläufig darauf, den Gegenstand nur anzudeuten. Auch die Wohnzucht-Gratifikationen hat man allen Beamten vorenthalten, welche Petitionen an dies Haus unterzeichnet haben. Dadurch ist die Flamme der Unzufriedenheit erst recht emporgeleert. Während man betritt auf der einen Seite zu verhindern sucht, daß unter den Beamten Petitionen zirkuliren, welche ihr eigenes Recht betreffen, lassen die Vorgesetzten auf der anderen Seite unter den Untergebenen Listen zirkuliren, welche mit dem Dienst nicht das Mindeste zu thun haben. Vor mir liegt eine Aufforderung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ an den königlichen Eisenbahnbeamten Oeffermann in Köln mit dem Ersuchen, sich freundlichst für das Abonnement auf ihre Zeitung zu bemühen, wobei den Beamten eine Rabattvergütung in Aussicht gestellt wird. Herr Oeffermann hat auch diese Offerte an die Bureauvorsteher durch amtliche Verfügung gelangen lassen, mit dem Anbehalten, solche den unterstehenden Beamten mitzutheilen. (Hört! hört!) Ich weiß nicht, ob dieser Oeffermann es auch sonst für seine Aufgabe hält, in den Bureau private Preisofferten zirkuliren zu lassen, ob er auch Abonnementslisten für andere Zeitungen fortporirt oder an

die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ darin auszeichnet, weil er glaubt, daß ein solches Blatt mit seinen Schimpfartikeln zur Verbesserung des guten Tons beitragen wird. (Geierst.) Ebenso hören wir, daß Eisenbahndirektoren in den Bureaus Listen zirkuliren lassen, mit der Aufforderung an die Beamten, konservativen Vereinen beizutreten. (Rufe rechts: Warum auch nicht?) Wenn die Beamten aus eigener Ueberzeugung konservativ sind, werden sie Ihnen schon von selbst kommen, aber daß man mittelst der entlichen Autorität die Untergebenen zu pressen versucht, finde ich einfach unanständig. (Sehr wahr! links.) Es muß schlecht um eine Partei und ihre Sache gestellt sein, wenn man glaubt auf diese Weise für sich wirken zu müssen. Auf den Bahnhofsrestaurationen beseitigt man die liberalen Blätter. Seit Anfang dieses Jahres ist die „Hagener Zeitung“ das bei weitem verbreitetste Blatt in Hagen, welches in Hagen in jedem Hause gehalten wird, von der Liste der in den Kreisen Hagen-Altengierloh zur Inzertion zulässigen Blättern gestrichen worden. Die Behörden haben ihr die bezahlten Inserate entzogen, die Rheinische Bahn unmittelbar nach der Verstaatlichung. Ja selbst die neuen Fahrpläne sind der Zeitung in diesem Jahre nicht mehr beigelegt worden, obwohl sich die Zeitung so wie immer, auch in diesem Jahre zur kostenlosen Beilage erboten hat. Das „Berliner Tageblatt“ führt dieselbe Beschwerde. Die Eisenbahnen sollen dem öffentlichen Verlehr dienen, und je mehr sie ihre Fahrpläne bekannt machen, desto rentabler werden die Eisenbahnen. Die politische Richtung des Ministeriums zu vertreten, wird selbst in dem königlichen Erlaß nur als Aufgabe einer bestimmten Beamtenklasse bezeichnet. Hier handelt es sich nicht um eine solche, sondern um eine rein technische Verwaltung. In all diesen Einzelheiten begegnen wir einem System, die Eisenbahnverwaltungen dienstlich zu machen augenblicklichen politischen Parteirichtungen. Die unabhängige Bestimmung zu beeinflussen, kurzum, auf das alte System zurückzugreifen von Zuderkrot und Peitsche. (Oh! rechts.) Ja wohl, nach dem alten Verlässlichen Rezept. Früher sprachen gegen die Verstaatlichung das finanzielle Risiko und die Schädigung für die Entwicklung des Verkehrs. Wer sich jetzt auf weitere Verstaatlichungen einlassen will, hat sich zu gegenwärtigen, daß er damit auch in politischer Beziehung einem System weiteren Raum giebt, als darauf abzielt, das bescheidene Maß an politischen Rechten und Freiheiten, welches wir im Volke noch haben, zu gefährden und zu beeinträchtigen. (Beifall links.) Finanzminister Bitter: Der Ueberschuß von 29 Millionen ist nicht das Resultat unserer Buchung, sondern des Finalabschlusses der Generalstaatskasse. Er ist vollständig in Baarmitteln vorhanden. Der Vorwurf, daß eine Anleihe von 28 Millionen im Vorjahre hätte erspart werden können, ist unrichtig. Schon aus dem Vorbericht ergibt sich die Unmöglichkeit einer derartigen Ersparnis. Es ist gefagt worden, daß gegenüber einem Ueberschuß im Reiche von 50 Millionen ein Erlaß von 20 Millionen doch gar zu unbedeutend sei. Ich muß indessen bemerken, daß das Verwendungsgesetz uns doch noch andere Pflichten auferlegt. Daß das Verwendungsgesetz kommen wird, kann ich bestimmt versichern. Die loburger Beschlüsse des Vorjahres werden nach seiner Seite hin präjudiziren; es ist vielmehr ausdrücklich vorbehalten, auch diejenigen Leistungen mit in Rechnung zu ziehen, zu deren Realisirung erhöhte Anforderungen an die Steuerkraft gestellt werden müßten. Was die Frage der Gehaltserhöhung der Beamten betrifft, so stehen wir den Wünschen der Beamten mit voller Wärme gegenüber. Wir sind bestrebt, ihnen eine bessere Existenz zu verschaffen und jede Möglichkeit von Ersparnissen für diesen Zweck ins Auge zu fassen. Ich muß bestreiten, daß das Verwendungsgesetz mit der Steuerreform in unlösbarer Zusammenhänge steht. Wir haben von der Vorlegung der Reformgesetze nur Abstand genommen, weil die jetzige Session wirklich mit dringenderen Aufgaben befaßt ist, und wir die Reformentwürfe nicht einem Begrabenwerden in der Kommission aussetzen wollten. Minister der öffentlichen Arbeiten Maybach: Im Reichstage ist der Regierung eine verfassungswidrige Beschränkung des Petitionsrechts der Eisenbahnbeamten vorgeworfen. Ich war leider nicht anwesend und konnte die Behandlung dieser Frage an jenem Orte unsomweniger erwarten, als dem Reichstage nur das Recht der Aufsicht und der Gesetzgebung über das Eisenbahnwesen im Interesse der Landesverteidigung und des allgemeinen Verkehrs zusteht. Es ist unrichtig, daß das Petitionsrecht der Eisenbahnbeamten beschränkt worden ist. Was das Verbot von Kollektivpetitionen anlangt, so ist es ein alter Grundsatz für die Verwaltung, daß die Beamten sich mit Beschwerden persönlich an ihre vorgesetzten Behörden wenden, aber nicht in Massenpetitionen auftreten sollen, um damit einen gewissen Druck auszuüben. Die Vorbereitungen zu derartigen Massenpetitionen sind auch mit der Ordnung des Dienstes nicht verträglich. Im Eisenbahndienst muß eine militärische Disziplin herrschen. Wenn das nicht wäre, so würde sehr bald die Beförderung auf den Bahnen den größten Gefahren ausgesetzt sein. Ich werde allen Versuchen, die Disziplin zu lockern, mit allen gesetzlichen Mitteln entgegenzutreten wissen. (Beifall rechts.) Großer Lärm ist über eine Königsberger Affaire entstanden, in der allerdings eine förmliche Disziplinaruntersuchung eingeleitet worden ist, aber nicht wegen der Einreichung einer Petition beim Abgeordnetenhaus, sondern wegen der vorhergehenden Auitaion und des Auftrufes von beinahe revolutionärer Natur. Der Haupturheber dieser Bewegung, ein noch im Kündigungsverhältnisse stehender Beamter, ist im Kündigungswege entlassen worden. Zwei andere Beamte sind mit nicht unerheblichen Ordnungstrafen belegt worden. Der Behauptung des Vorredners, daß eigentlich gar kein Ueberschuß vorliege, bin ich doch in der glücklichen Lage entgegenzutreten zu können. Der Ueberschuß befreit sich auf 14,905,000 Mark, zu denen noch die Zinsen des Reserve- und Erneuerungsfonds kommen. Während sich ferner die Verzinsung der verstaatlichten Bahnen auf 5,41 Prozent beläuft, hat das Vorjahr einen Ueberschuß gebracht, der das Kapital mit 7,51 Prozent verzinst. (Hört!) Das beweist doch, daß der Kauf kein schlechter gewesen. Als Facit bleibt die Thatsache übrig, daß die Ueberschüsse der Bahnen nicht bloß die Zinsen der gesammten Staatsschuld decken, sondern noch einen Ueberschuß von 17 Millionen liefern. Das berechtigt zu der Hoffnung, daß Sie der Absicht, das Staatsbahnetz noch weiter auszubauen, zustimmen werden. (Beifall rechts.) Die Frage betreffend, wie sich die Resultate im laufenden Etat gestalten werden, kann ich beim Etat der Bergwerksverwaltung einen Ueberschuß von über 1 Million konstatiren; bei der Eisenbahnverwaltung einen solchen von 13 Millionen ungefähr. Zu den starken Anforderungen wegen der Betriebsmittel find mir durch die Zunahme des Verkehrs veranlaßt worden, der wir gewachsen sein möchten. Wir müssen den berechtigten Klagen über Wagenmangel zuvorzukommen. (Nedner giebt einzelne Details über den Wagenmangel auf der Potsdamer Bahn im Jahre 1879.) Im Uebrigen behalte ich mir vor, auf die Richterlichen Angriffe morgen zu antworten. Die bisherigen Erfahrungen berechtigen uns, auf dem beschrittenen Wege fortzufahren. (Beifall rechts, Fischen links.) Hierauf wird die Debatte vertagt. Persönlich bemerkt Abg. v. Rauchhaupt, er müsse die Behauptung des Finanzministers, daß diese Seite des Hauses kein warmes Herz für die Beamten habe, als eine unrichtige bezeichnen. Abg. Richter: Der Finanzminister habe seine Rede fast in allen Punkten nicht richtig verstanden; er hoffe, daß sonst Jedermann im Hause sie besser verstanden habe. Finanzminister Bitter glaubt die Rede Richters, wie das Haus anerkennen werde, richtig verstanden zu haben. Die von Rauchhaupt ihm supponirte Behauptung habe er nicht aufgestellt. Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Fortsetzung der Etatsberatung.)



Produkten-Börse.

Berlin, 30. Januar. Wind: NW. Wetter: Trübe. Weizen per 1000 Kilo loco 202-225 M. nach Qualität gefordert, abgel. Ammel. - bezahlt, deifester Polnischer - Markt ab Bahn, per Januar-Februar - bezahlt, per Februar-März - M. bez., April-Mai 224-224 M. bezahlte, Juni-Juli 224-225 bezahlte, August-September 225-225 bez., Juli-August 218 bez., Sept.-Okt. 214-225 bez. Gd. Gef. - Ztr. Regulierungspreis - Markt. - Roggen per 1000 Kilo loco 176-183 M. nach Qualität gefordert, inländischer 178 bis 180 1/2 a. B. bez., feiner inländischer - Markt ab Bahn bezahlte, hochfeiner - M. ab B. bez., geringer russ. 173 ab B. bez., alter - Markt ab B. bezahlte, russischer und polnischer 176-180 Markt a. B. bezahlte, deifester - M. ab Bahn bezahlte, per Januar-Februar 176 1/2-176 M. bezahlte, per Februar - bezahlte, per April-Mai 171-171 1/2 M. bez., per Juni-Juli 168 1/2-168 1/2 M. bezahlte, per August-September 166 1/2-166 1/2 M. bezahlte, Gefündigt - Ztr. Regulierungspreis - Markt. - Gerste per 1000 Kilo loco 133-200 Markt nach Qualität gefordert. - Hafer per 1000 Kilo loco 138-172 M. nach Qualität gefordert, russischer und polnischer 140 bis 150 M. bezahlte, off- und weissenbäuerlicher 143-156 M. bezahlte, pommerischer und Udermärker 143-152 bezahlte, schlesischer 151-157 bez., böhmischer 151-157 M. bezahlte, do. feiner 160-163 bez., feine weiß medienburgischer - ab B. bez., per Januar - M. bez., per April-Mai 144-143 1/2 bez., per Juni-Juli 144 1/2-144 1/2 bez., per August-September 145 1/2-145 1/2 bez., Gefündigt - Zentner. Regulierungspreis - Markt. - Erbsen per 1000 Kilo loco 170-215 M., Futterwaare 156 bis 164 Markt. - Mais per 1000 Kilo loco 143-153 nach Qualität gefordert, per Januar - Markt, Januar-Februar - M., per April-Mai 140 1/2 Markt, per Juni-Juli 139 1/2 Markt. Gefündigt - Ztr. Regulierungspreis - M. - Weizenmehl per 100 Kilogramm brutto 00: 32,00 bis

30,50 Markt, 0: 29,50-28,50 M., 0/1: 28,50 bis 27,50 Markt. - Roggenmehl inkl. Sad 0: 25,75 bis 24,75 Markt, 0/1: 24,25 bis 23,25 M., per Januar 24,25 bez., per Januar-Februar 23,90-23,95 bez., per Februar-März 23,70 bez., per April-Mai 23,55-23,60 bez., per Mai-Juni 23,20 bez., per Juni-Juli 23,00 bez., Gefündigt 1000 Zent. Regulierungspreis 24,25 Markt. - Delfaat per 1000 Kilo. - Markt. - Wintertraps - M., Wintertraps - Markt. - Rübsen per 100 Kilo loco ohne Saß 55,3 M., mit Saß 55,6 M., per Januar 56,8 Markt, per Januar-Februar - Markt, per Februar-März - Markt, per April-Mai 56,2 bezahlte, per Mai-Juni 56,5 Markt, Juni-Juli - bez., Gefündigt - Ztr. Regulierungspr. - M. - Weizenöl 100 Kilo loco - B., Petroleum per 100 Kilo loco 24,8 Markt, per Januar 24,3 bez., per Januar-Februar 24,0 M. bez., per Februar-März 24,0 M. bezahlte, per April-Mai 24,0 bezahlte, per Mai-Juni - per September-Oktober 25,0 bezahlte. - Gefündigt - Zentner. Regulierungspreis - Markt. - Spiritus per 100 Liter loco ohne Saß 47,6 M. bez., per Januar 48,3-48,5-48,4 bez., per Januar-Februar 48,3-48,5-48,4 bez., per Februar-März - bez., per März-April - bez., per April-Mai 49,4-49,6-49,5 bez., per Mai - bez., per Juni-Juli 49,7-49,8-49,7 bezahlte, per Juni - bez., per Juni-Juli 50,6-50,8-50,7 bez., per Juli-August 51,6-51,8-51,7 bez., per August-September 52,2-52,3 bez., Gefündigt 50,000 Liter. Regulierungspreis 48,4 Markt. (B. B. S.)

173 M. B., per April - Mai 169,5-163-169,5 Markt bez., per Mai-Juni 167,5-167 M. bezahlte, per Juni-Juli 164,5 Markt bz. Gerste still, per 1000 Kilo loco Brau- 152 bis 158 Markt. Futter- 128 bis 138 Markt, geringere - M. Schlesiäcker - Markt. - Hafer still, per 1000 Kilo loco inländischer - Markt, Pommerischer 140-149 Markt, russischer - M. bez., Schwedischer - M. bez., per April - Mai - M. bez., per Mai-Juni - M. Erbsen unverändert, per 1000 Kilo loco Koch- 170-176 Markt, Futter- 158 bis 165 M., per April-Mai Futter- 157 M. Gd. - Mais ohne Handel. - Wintertraps unverändert, per 1000 Kilo loco per April - Mai 269 M. nom., per Sept. - Oktober 261 M. bez. - Rübsen geschäftslos, per 100 Kilo loco ohne Saß bei Kleinigkeiten flüssiges 56,5 M. Br. kurze Lieferung - M., per Januar und per Januar-Februar 55 M. Br., per April-Mai 55,5 Markt Brief, per Mai-Juni - M. - Wintertraps per 1000 Kilo - Markt. - Spiritus fest, per 10,000 Liter-St. loco ohne Saß 46,3 M. bez., mit Saß - bez., kurze Lieferung, ohne Saß - M. bezahlte, per Januar 47,2 M. nom., per April-Mai 48,8 bis 49 M. bez. B. und Gd., per Mai - Juni 48,6 M. Br. u. Gd., per Juni-Juli 50,2 M. bez. 50,3 Br. u. Gd., per Juli-August 51 M. Br. u. Gd. - Angemeldet: Nichts. - Regulierungspreise: Weizen - Roggen 173 M. Rübsen 55 M., Spiritus 47,2 M., Rübsen - M. Petroleum loco 8,1-8,1 M. tr. bez., Regulierungspreis 8,1 M. tr. (Diffee-3tg.)

Stettin, 30. Januar. [An der Börse.] Wetter: Leicht bewölkt. + 2 Gr. N. Barom 28,9. Wind: NW. Weizen stille, per 1000 Kilo loco geteilt inländischer 210 bis 224 Markt, geringer - Markt bez., weißer 212-226 Markt, per April-Mai und per Mai-Juni 226 M. bez. - Roggen unverändert, per 1000 Kilo loco inländischer 167 bis 170 Markt, abgel. laufene Ammelungen - M. bez., deifester - M. bez., per Januar

Berlin, 30. Januar. Trotz der großen Kursdifferenzen, mit welchen dieser Monat schließt, ist doch die Liquidation im großen und ganzen in bewundernswerther Promptheit vor sich gegangen und vollständig frei von Ereignissen geblieben, die den Markt in stärkerer Weise hätten beunruhigen können. Demgemäß übertrug sich die feste Stimmung, welche schon am Sonnabend Platz gegriffen hatte, auch auf die neue Woche. Die von Wien eintreffenden Meldungen ließen erkennen, daß auch an der Donau sich die Stimmung wesentlich beruhigt habe; die heutigen Kursberichten meldeten feste Tendenz und steigende Notierungen. Aus Paris lagen neuere Nachrichten nicht vor, wenigstens nicht solche, die die dortige Situation erschwert erscheinen

ließen. Die Besserung die sich heute in der Haltung des hiesigen Börsen-Vorverkehrs zeigte, hatte also so zu sagen eine gewisse Berechtigung und kam auch in vielfachen Kurserhöhungen ziffermäßig zum Ausdruck. In den internationalen Spekulations-Papieren blieb im Allgemeinen der Umfang der geschäftlichen Unternehmung unbedeutend, die betreffenden Kurse haben wohl Erfahrungen aufzuweisen, indessen zeigte sich doch nur geringfügige Kauflust. Mehr bevorzugt waren dagegen die Aktien der österreichischen Eisenbahnen. Für einheimische Eisenbahn-Aktien zeigte sich aber eine sehr günstige Stimmung, und waren Dispreußen und Marienburger wiederum besonders bevorzugt. Auf anderen Gebieten blieb der Verkehr sehr

still. Schluß abgeschwächt auf die Nachricht, daß die Union générale in Paris ihre Zahlungen eingestellt habe. Aus Magdeburg wurde gemeldet, daß die Firma G. B. (Zuckerbranche) fallit geworden sei. Die Passiva werden auf 4,500,000 M. angegeben, von denen 47 Prozent in der Masse liegen sollen. Per Ultimo notiren: Franzosen 507-512-506, Lombarden 208-210-205, Kredit, Aktien 494-488, Wiener Bank-Verein 198 Gd., Darmstädter Bank 149,25 bis 150-149,75, Diskonto-Kommandit-Anteile 182-182,10-179,50, Deutsche Bank 147-147,75-146,50, Dortmunder Union 93,50 bis 92-93-91,75-92,25, Laurahütte 114,90-113,60-114.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Table with columns for bond types (e.g., Pruss. Cons. Anl., Staats-Anleihe) and their corresponding prices. Includes sub-sections for 'Preussische Fonds- und Geld-Course' and 'Deutsche Fonds'.

Table listing various bank and financial institution shares, including 'Bank u. Credit Aktien' and 'Eisenbahn-Gesellschaft Aktien'.

Table listing foreign bonds, titled 'Ausländische Bonds', with columns for issuer and price.

Table listing various types of annuities and interest-bearing securities, including 'Rentenbriefe' and 'Annuitäten'.

Table listing exchange rates for various currencies, titled 'Wechsel-Course', including rates for London, Paris, and other international locations.

Table listing shares of various companies, including 'Brauerei', 'Damenh.', 'Deutsche Baugei.', and others, with columns for company name and price.

Table listing shares of various banks, including 'Bayerische Bank', 'Königsberger Bank', and 'Deutsche Bank'.

Table listing shares of various railway companies, including 'Albrecht-Bahn', 'Königsberger Bahn', and 'Eisenbahn-Gesellschaft'.

Table listing shares of various industrial and commercial companies, including 'Brauerei', 'Damenh.', and 'Deutsche Baugei.'.

Table listing shares of various companies, including 'Brauerei', 'Damenh.', and 'Deutsche Baugei.'.

Table listing shares of various railway companies, including 'Albrecht-Bahn', 'Königsberger Bahn', and 'Eisenbahn-Gesellschaft'.

Table listing shares of various railway companies, including 'Albrecht-Bahn', 'Königsberger Bahn', and 'Eisenbahn-Gesellschaft'.

Table listing shares of various railway companies, including 'Albrecht-Bahn', 'Königsberger Bahn', and 'Eisenbahn-Gesellschaft'.

Table listing shares of various railway companies, including 'Albrecht-Bahn', 'Königsberger Bahn', and 'Eisenbahn-Gesellschaft'.

Table listing shares of various railway companies, including 'Albrecht-Bahn', 'Königsberger Bahn', and 'Eisenbahn-Gesellschaft'.

Table listing shares of various railway companies, including 'Albrecht-Bahn', 'Königsberger Bahn', and 'Eisenbahn-Gesellschaft'.

Table listing shares of various railway companies, including 'Albrecht-Bahn', 'Königsberger Bahn', and 'Eisenbahn-Gesellschaft'.

Table listing shares of various railway companies, including 'Albrecht-Bahn', 'Königsberger Bahn', and 'Eisenbahn-Gesellschaft'.

Table listing shares of various railway companies, including 'Albrecht-Bahn', 'Königsberger Bahn', and 'Eisenbahn-Gesellschaft'.

Table listing shares of various railway companies, including 'Albrecht-Bahn', 'Königsberger Bahn', and 'Eisenbahn-Gesellschaft'.

Table listing shares of various railway companies, including 'Albrecht-Bahn', 'Königsberger Bahn', and 'Eisenbahn-Gesellschaft'.

Table listing shares of various railway companies, including 'Albrecht-Bahn', 'Königsberger Bahn', and 'Eisenbahn-Gesellschaft'.